Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 20. | Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinserate pro 3gespaltene Zeile oder deren Raum 25, für Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf. | Hannover, Sonnabend, den 29. September 1906. | Verlag: A. Lohrberg, Hannover, Münzstr. 5. Verantwortlicher Redakteur: August Brey, Hannover, Münzstraße 5, III. Fernsprech-Anschluß 3002. Druck von C. A. H. Meister & Ko., Hannover. | 15. Jahrg.

Zur Beachtung!

Mitglieder, welche zum Militär eingezogen werden oder ins Ausland reisen und sich ordnungsmäßig am Wohnorte abgemeldet haben, können 14 Tage nach ihrer Rückkehr gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches dem Verbande unentgeltlich wieder beitreten, und ist in diesem Falle das alte Mitgliedsbuch abzunehmen und dem Verbandsvorsitzenden einzusenden. Die vor der Militärzeit geleisteten Wochenbeiträge werden nach vollzogener Anmeldung in Anrechnung gebracht. An die Militärzeit anschließende arbeitslose Wochen können nur dann als beitragsfrei gerechnet werden, wenn die Anmeldung richtig erfolgt ist. Unterstützungsansprüche stehen den vom Militär zurückkommenden Mitgliedern nach Maßgabe der geleisteten Wochenbeiträge in Verbindung mit den statutarischen Bestimmungen zu.

Wir liefern **Einheitsmarken** für die Zahlstellen, welche einen Extrabeitrag erheben. Also bei einem Lokal-Extrabeitrag von 5 Pf. pro Woche 45 Pf.-Marken und bei einem Lokalbeitrag von 10 Pf. pro Woche 50 Pf.-Marken. Zahlstellen, die solche Beiträge erheben, haben das **auf der Bestellkarte zu vermerken.** Die Kollegen wollen so rasch wie möglich mit den alten Marken abrechnen.

Die **Zählkarten** für das Kaiserliche Statistische Amt bitte pünktlich einzusenden. Es sollen nunmehr auch die arbeitslosen Mitglieder gezählt werden, die für die Unterstützung nicht bezugsberechtigt sind. Wir ersuchen daher unsere Mitglieder alle, sobald sie von Arbeitslosigkeit betroffen werden (Gemaßregelte und Streikende sind ausgeschlossen), sich beim Bevollmächtigten oder bei den Geschäftsführern zu melden. Auch soll die Meldung aller arbeitslosen Mitglieder am letzten Arbeitstage der 4., 8. und 13. Quartals-Woche erfolgen, damit festzustellen ist, wieviel Kollegen an diesem Tage arbeitslos gewesen. Es wollen daher alle arbeitslosen Kollegen während der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit sich täglich zur Kontrolle melden, gleichviel, ob sie noch Unterstützung erhalten oder nicht.

Flugschrift der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Nr. 7: „Der organisierte Kampf der Unternehmer gegen die Arbeiter", kann in beliebiger Anzahl portofrei zur Agitation von uns bezogen werden.

Die Vorwärts-Buchhandlung in Berlin hat den Alleinvertrieb der im Verlag von J. H. W. Dietz in Stuttgart erschienenen Werke:

Webb, Die Geschichte des britischen Trade-Unionismus,
Webb, Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine (2 Bände),
Rogers, Die Geschichte der englischen Arbeit,

für die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen übernommen. Der Verkaufspreis dieser Werke, der bisher zwischen 6,50 Mk. und 8 Mk. pro Band schwankte, ist vom Verlag auf 4 Mk. herabgesetzt worden. Den Organisationen aber offeriert die Vorwärts-Buchhandlung diese Werke bei gemeinsamem Bezug für ihre Mitglieder mit 3,00 Mk. pro Band. Es ist bisher immer beklagt worden, daß diese für die Kenntnis der Gewerkschaftsbewegung so wichtigen Schriften wegen ihres hohen Preises so wenig Eingang in Arbeiterkreisen gefunden haben. Die erhebliche Preisherabsetzung für diese Bände ermöglicht es vielen Arbeitern, sich dieselben zu beschaffen. Wir richten daher das Ersuchen an unsere Mitglieder und Bevollmächtigten, soweit sie solche Werke zu diesem billigen Preise wollen, umgehend die Bestellungen an den Vorstand zu richten.

Besonders sollten die Bücher in keiner Bibliothek fehlen.

Mit kolleg. Gruß

Aug. Brey,
Münzstraße 5, II.

Verbandstagsbeschlüsse, die mit dem 1. Oktober in Kraft treten.

§ 2.

Rechtsschutz wird nach einer Mitgliedschaft von sechs Monaten gewährt.

§ 5.

Die Bücher für übertretende Personen werden vom Vorstand unentgeltlich verabfolgt.

§ 6.

Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pf.

Der Beitrag beträgt für männliche Mitglieder 40 Pfennige.

Abs. 4. Weiblichen Mitgliedern steht es frei, den Beitrag der männlichen Mitglieder zu leisten, wodurch sie sich die Anrechte auf die höheren Unterstützungssätze erwerben.

Abs. 5. Vorstand und Ausschuß haben das Recht, wenn an die Verbandskasse außerordentliche Anforderungen gestellt werden, einen Extrabeitrag auszuschreiben.

§ 7.

Ausgeschlossen wird, wer sich weigert, die vom Vorstand und Ausschuß ausgeschriebenen Extrabeiträge zu leisten.

§ 11.

Abs. 6. In Zahlstellen, in denen besoldete Beamte angestellt sind, ist die Zahl der Revisoren um die Zahl der besoldeten Beamten zu vermehren.

Abs. 10. An Orten mit gemeinsamem Wirtschaftsgebiet kann in einem Umkreis von 15 Kilometern nur eine Zahlstelle errichtet werden.

§ 13.

Abs. 2. Von den Einnahmen aus den vom Vorstand ausgeschriebenen Extrabeiträgen sind Prozente nicht in Abzug zu bringen.

§ 16.

Abs. 8. Zahlstellen von 1000 Mitgliedern wählen einen Delegierten, auf je weitere 1000 Mitglieder je einen Delegierten mehr. Kleinere Zahlstellen werden zu Wahlkreisen von je 1000 Mitgliedern vereinigt.

Streikreglement.

Zu § 5.

Zur Inszenierung eines Streiks ist eine Mehrheit von 3/4 der Beteiligten erforderlich. Ein bereits ausgebrochener Streik muß beendet werden, wenn nicht 3/4 der Beteiligten für die Fortsetzung des Streiks stimmen.

Zu § 12.

Bei länger andauernden Streiks sind die unverheirateten Kollegen verpflichtet, das Streikgebiet zu verlassen. In strittigen Fällen entscheidet das Streikkomitee.

Die Unterstützung beträgt bei einer Mitgliedschaft von einem Jahre oder 52 Beitragswochen:

für männliche Mitglieder 12 Mark,
„ weibliche „ 8 „

Bei einer Mitgliedschaft und Beitragsleistung von 27 bis 52 Wochen:

für männliche Mitglieder 11 Mark,
„ weibliche „ 7 „

Bei einer Mitgliedschaft von 13—27 Wochen:

für männliche Mitglieder 10 Mark,
„ weibliche „ 6 „

Für jedes noch nicht schulpflichtige und nicht schulentlassene Kind 1 Mark pro Woche mehr, vorausgesetzt, daß das im Streik befindliche Mitglied Alleinernährer der Kinder ist.

Ledige männliche Mitglieder erhalten eine Mark pro Woche weniger.

Die Streikunterstützung darf die Höhe des vor dem Streik gehabten Wochenverdienstes nicht übersteigen.

§ 17.

Wenn an einem Streik mehrere Zahlstellen beteiligt sind, so haben sich diese, wenn vom Hauptvorstand eine Zahlstelle als die leitende bezeichnet wird, den Anordnungen der leitenden Zahlstelle unter allen Umständen zu fügen, damit Schädigungen des Verbandes, hervorgerufen durch das Sich-nicht-fügen-wollen einzelner Zahlstellen, vermieden werden. Fügt sich eine der beteiligten Zahlstellen nicht, so ist hiervon dem Verbandsvorstande unverzüglich Mitteilung zu machen, damit dieser dann in die Lage versetzt ist, die nötigen Anordnungen treffen zu können. Im Unterlassungsfalle ist die leitende Zahlstelle dem Hauptvorstande verantwortlich.

Die angrenzenden Zahlstellen sind berechtigt, Vertreter in die Streikleitung zu wählen.

Kollegen, Kolleginnen!

Mit dem 1. Oktober tritt ein wichtiger Beschluß des Verbandstages in Leipzig in Kraft! Der Beitrag beträgt für männliche Mitglieder 40 Pfg. pro Woche; das Eintrittsgeld für alle eintretenden Personen 50 Pfg. Diese Gelegenheit wollen wir nicht vorübergehen lassen, ohne einige Worte an unsere Verbandsgenossen zu richten. Die Erhöhung des Beitrages ist von dem Verbandstag gegen nur einige Stimmen angenommen worden. Diese Gegenstimmen waren aber für einen höheren Beitrag abgegeben.

Schon diese Einstimmigkeit für einen höheren Beitrag beweist dessen Notwendigkeit. Die Vertreter der Kollegen konnten sich auf dem Verbandstage der Einsicht nicht verschließen, daß eine Organisation wie unsere mit dem bislang geleisteten Beitrag die gesteckten Ziele nicht erreichen kann. Auch die Kollegen in ihrer großen Mehrheit haben dieser Auffassung Raum gegeben. Die letzten Jahre mit ihren gewaltigen Kämpfen haben zu deutlich gezeigt, daß diese Kämpfe großen Aufwand an finanziellen Mitteln erfordern. Daher sind diese Zeilen auch weniger bestimmt für die organisationstreuen, von der Notwendigkeit des Kampfes überzeugten Kollegen, sondern für die, welche durch Aufklärung in ihrer Ueberzeugung noch gefestigt und durch Agitation dem Verbande nach gewonnen werden sollen. Dieses in überzeugender Weise nachzuweisen, daß die Beitragserhöhung im Interesse der Organisationsgenossen notwendig war, ist der Zweck dieser Zeilen.

Die letzten dem Verbandstag in Leipzig voraufgegangenen Verbandstage sind unausgesetzt bemüht gewesen, Einrichtungen zu treffen, um den Interessen und Ansprüchen der Mitglieder entsprechen zu können. Zu diesem Zwecke sind die vorhandenen Unterstützungseinrichtungen ausgebaut, die Aufwendungen für Unterstützung vermehrt worden. Stellen wir die Ausgaben des Jahres 1901/02 in Vergleich zu denen des Jahres 1905/06, so ergibt sich folgendes Bild:

	Reiseunterstützung Mk.	Streikunterstützung Mk.	Rechtsschutz Mk.	Umzugsgeld Mk.	Sterbegeld Mk.	Maßregelung Mk.
1902	7 982,22	225 018,37	4 517,10	7 590,52	8 216,—	16 621,22
1906	8 777,18	652 127,43	7 664,17	18 256,15	23 071,95	48 300,16

Dazu kommen noch 165 812,44 Mk. Erwerbslosenunterstützung.

Danach haben sich die Aufwendungen der Organisation im Interesse der Mitglieder mehr als verdreifacht. Sie betrugen zusammengenommen 1901/02: 269 954,43 Mark, 1905/06 aber **924 000 Mark.**

Genau das gleiche Bild ergibt sich, wenn wir die Summen in Vergleich zu einander stellen, die für Erringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen ausgegeben worden sind. Auch da ist eine Steigerung der Ausgaben nahezu um das Dreifache. Wir sind mit Genugtuung und Stolz darüber durchdrungen, daß es dem Opfersinne unserer Kollegen gelungen, solche Aufwendungen für die Verbandszwecke machen zu können, um so mehr, da es dadurch möglich gewesen, die Gesamtziffer unseres Mitgliederbestandes auf über 100 000 zu bringen.

Mit der erstarkten Organisation haben sich die Kämpfe vermehrt, die wir mit einem widerhaarigen, profithungrigen Unternehmertum um die karge Bezahlung unserer Mitglieder führen mußten. Kampf um die Erhöhung des Lohnes war aber so notwendig wie die Luft zum Leben. Seit Jahren zeigten die Preise für Lebensmittel und Mieten eine fortgesetzt steigende Tendenz. Die letzten zwei Jahre und besonders das Inkrafttreten der Zolltarife brachten diese Steigerung in ein noch rascheres Tempo. Der Lohnanteil, welcher in Form des Preisaufschlages für Lebensunterhalt und Mieten in die Taschen der Händler und Hauspaschas wandert, wurde immer größer, daher erklärt es sich, daß unsere Kollegen in steigendem Maße in den Kampf gegen niedrige und mangelhafte Bezahlung eingetreten sind.

Die Anzahl der Streiks ist von 89 im Jahre 1903/04 auf 164 im Jahre 1905/06 gestiegen. Dazu brachten uns diese letzten beiden Jahre noch die Beteiligung an 36, darunter zum Teil recht langwierigen Aussperrungen.

Die Ausbeutung der Kollegen durch die Unternehmer, sie besteht noch. Ihre Verminderung und Beseitigung erfordert noch lange und anhaltende Kämpfe. Ebenso macht sich die Ausplünderung der Arbeiter durch die agrarische Lebensmittelwucherpolitik noch lange breit. Aus alledem folgt, daß die nächsten Jahre vielleicht noch in höherem Maße, wie die verflossenen, Jahre des Kampfes sein werden. Soll in den unvermeidlichen Kämpfen aber die Organisation bestehen können, dann ist ein gesunde finanzielle Grundlage erforderlich. Diese war bei dem seitherigen Beitrage nicht gegeben, sie konnte nur durch Erhöhung des Beitrages geschaffen werden.

Verbandsgenossen! Wenn heute euer Lohn auch noch so niedrig ist, er würde niedriger sein, wenn die Organisation nicht dagewesen wäre und den Unternehmern ein deutliches „Rühre nicht daran" zugerufen hätte, denn das Unternehmertum schert sich wenig um die Plage und Not, unter denen die Arbeiter leiden müssen. Wenn es die Möglichkeit gegeben sieht, seinen Gewinn zu erhöhen, ohne auf Widerstand zu stoßen, dann nimmt es eben Lohnreduktionen vor. Und ihr Kollegen, die ihr durch einmütiges Zusammenstehen Lohnerhöhungen erkämpft, ihr hättet sie nicht erreicht ohne die Organisation! Ihr büßt sie ein, wenn der Organisation die Widerstandsfähigkeit genommen wird. Das macht euch klar, ihr werdet dann sonder Nachdenken und Zaudern der Organisation die erforderlichen Beiträge gewähren. An euch Vertrauensmänner und Hülfskassierer, die ihr an schwieriger Stelle für die Organisation zu kämpfen habt, richten wir gerade jetzt die Aufforderung, eure schwere Pflicht mit dreifachem Eifer zu erfüllen. Seid unermüdlich in dem Streben, die alten Mitglieder dem Verbande zu erhalten und neue Mitglieder zu gewinnen.

Bevollmächtigte und Vertrauensmänner! Benutzt jede Gelegenheit, um die Kollegen auf die Bedeutung der Organisation aufmerksam zu machen. Zeigt ihnen die Leistungen

unserer Organisation, die sie erfüllt hat durch Unterstützungen und den Kampf für Verbesserung des Loses unserer Kolleginnen und Kollegen. Auf zum Kampfe für den Ausbau unserer Organisation!

Wirtschaftliche Rundschau.

Neue Verschmelzungen und Kapitals-Vermehrungen: Dresdner Bank und Schaaffhausen, Hamburg-Amerika-Linie und Norddeutscher Lloyd, Phönix und Hörder Verein – Kupferhausse – Das Kohlensyndikat und die Arbeiterfrage.

Kapitalsvermehrungen und Betriebsvereinigungen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit, immer neue Preiserhöhungen – diese Grundzüge des vorherrschenden Geschäftsganges sind in der letzten Berichtszeit sogar noch auffälliger als früher hervorgetreten. Sonst pflegte im Herbst und mit dem Heranrücken des Jahresschlusses, vor allem in Rücksicht auf den Geld- und Leihkapitalsmarkt, die Projektenmacherei und Unternehmungslust sich einige Beschränkungen aufzuerlegen; die ersten Monate des neuen Jahres bringen gewöhnlich die großkapitalistischen Erweiterungs- und Umgestaltungspläne zum Reifen. Im heutigen Sturm und Drang hat man es eiliger damit. Oder sollte schon die Vorahnung mitwirken, daß der Aufschwung nicht von ewiger Dauer sein könne und daß man deshalb gut tue, jede sich bietende Gelegenheit sofort beim Schopfe zu fassen, noch ehe sie entweicht?

Von den Riesenbanken haben zunächst die seit Anfang 1904 durch eine „Interessengemeinschaft" verbundenen A. Schaaffhausenscher Bankverein und Dresdner Bank ihr Kapital um je 20 Millionen Mark zu erhöhen beschlossen. Seit ihrer Verbrüderung haben die beiden mächtigen Unternehmungen nicht nur die alte fortschrittliche Deutsche Genossenschaftsbank von Soergel, Parisius u. Ko. verschluckt, zahlreiche Bankhäuser in Frankfurt am Main, in Basel, in Krefeld, Bonn, Mülheim, Koblenz angegliedert, sondern sie haben zuletzt auch in Wien sich festgesetzt und für das Ausland die Deutsche Orientbank und die Deutsch-Südamerikanische Bank gegründet; ferner sind sie in enge Beziehungen, vornehmlich zwecks Austausches von Beteiligungen an den beiderseitigen Geschäften, zu dem Newyork-London-Pariser Welthaus J. P. Morgan u. Ko. getreten. Was die übliche Bildung eines Garantiekonsortiums für die Unterbringung der neuen Aktien anbelangt, so hat man sich allem Anschein nach mit den übrigen Kreisen der deutschen Bankwelt in aller Freundschaft verständigt, nachdem die Unterstützung der Hibernia-Verstaatlichungsanläufe so viel böses Blut erregt hatte. Die rheinisch-westfälischen Unternehmer haben die Dresdner und Schaaffhausen-Bank nicht entbehren können, so daß die Ausdehnung des Geschäftsumfanges nach dieser Seite hin kaum irgend welche Unterbrechung erlitten hat und schließlich wieder im erstaunlichsten Geschwindschritt sich fortsetzte. Die anfangs grollende Hochfinanz hat durch den Hiberniastreit sogar noch gute Gewinne eingeheimst und das Heft in den Händen behalten; neue Kreuz- und Quersprünge sind von Dresden und Schaaffhausen nicht mehr zu befürchten. Wozu also noch die Verstimmung hervorkehren? Nach der Durchführung der neuen Kapitalserhöhung stellen sich die Grundkapitalien und Reserven der führenden Großbanken auf folgende Höhe:

	Grundkapital	Reserven	Summe
	(alles in Millionen Mark)		
Dresdner Bank . . .	180,00	ca. 50,00	130,00
Schaaffhausenscher Bankverein	145,00	ca. 32,00	177,00
Summe . . .	325,00	ca. 82,00	407,00
Deutsche Bank	200,00	97,00	297,00
Diskontogesellschaft . .	170,00	57,59	227,59
Darmstädter Bank . .	154,00	29,50	183,50
Berliner Handelsgesellschaft	100,00	29,00	129,00
Nationalbank f. D. . .	80,90	12,09	92,00
Kommerz- und Diskontobank	85,00	11,90	96,90

Die hier genannte Darmstädter Bank hat soeben ihren erfolggekrönten Leiter Bernhard Dernburg an das Kolonialamt abgegeben; dafür tauchen Vermutungen über eine Interessengemeinschaft dieses Instituts mit der Deutschen Bank auf.

Große Betriebserweiterungen planen unsere beiden Riesenschiffahrtsgesellschaften, die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd, gleichfalls. Erst beschloß die Hamburger Reederei, ihr Stammkapital um 20 Millionen Mark (auf 120 Millionen Mark) zu steigern; die Bremer Reederei folgte auf dem Fuße mit einer Erhöhung um 25 Millionen Mark (auf 125 Millionen Mark – hierzu kommen bei der Hamburg-Amerika-Linie ältere Anleihen im Betrage von 49 625 000 Mk., beim Norddeutschen Lloyd solche von 55 391 500 Mark). Die Hamburger Gesellschaft beruft sich in ihrer Preßmitteilung darauf, daß auf fast allen Linien infolge des sich rasch ausweitenden Verkehrs ein hemmender Materialmangel herrsche und daß man vielfach minderwertiges fremdes Material mietweise heranziehen müßte. Neben der Pflege der Fahrten nach Nordamerika, Südamerika, Westindien würde in Zukunft noch ein großer Bedarf zu erwarten sein für die neue Schnelldampferlinie zwischen Genua und den Laplatastaaten und Brasilien, für die Fahrten in den chinesischen Gewässern und für den jungen Verkehr mit den Häfen des Sudans und des persischen Golfes. Wir verzeichnen für die beiden Riesen die Geschäftsergebnisse seit 1902, wo beide zum ersten Male mit einem Grundkapital von 100 Millionen Mark zu „arbeiten" begannen:

Norddeutscher Lloyd:

	1902	1903	1904	1905
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Betriebsüberschuß	19 410 519	26 511 127	20 826 638	33 029 335
Reingewinn . .	229 753	6 459 048	2 115 789	11 059 280
Dividende . . .	—	6 000 000	2 000 000	7 500 000
„ in Proz.	0	6	2	7½

Hamburg-Amerika-Linie:

	1902	1903	1904	1905
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Gesamtbetriebsüberschuß	19 098 743	23 421 202	31 159 981	39 992 150
Reingewinn .	16 156 240	20 306 774	27 829 722	36 142 987
Dividende . . .	4 500 000	6 000 000	9 000 000	11 000 000
„ in Proz.	4½	6	9	11

Für 1906 stellen beide Gesellschaften mindestens das Ergebnis des guten und sogar glänzenden Jahres 1905 in Aussicht.

Das dritte Ergebnis der letzten Zeit war die Vereinigung zweier der größten gewaltigen rheinisch-westfälischen Eisenwerke, der Rheinischen Phönix in Ruhrort und des Hörder Bergwerks- und Hüttenvereins zu einem Riesenunternehmen. Der Phönix verfügt über ein Aktienkapital von nicht weniger wie 35 Millionen Mark, der Hörder Verein über 32 694 000 Mark Grundkapital. Beide besitzen Kohlengruben, Erzgruben, Kok- und Hochöfen, Stahl- und Walzwerke, – handelt sich also, im Gegensatz zu früheren großen Ergänzungsfusionen in der Montanindustrie, um die Vereinigung zweier wesentlich gleichartiger Betriebe, nur daß der Phönix die Fertigfabrikation stärker ausgebildet hat – er übernahm 1896 die Rheinische Union und damit neben Puddel- und Walzwerken noch Drahtseilereien, Stift-, Nieten- und Schraubenfabrikation, Blechwalzwerke, eine Feinblechfabrik. Beide Werke zusammen würden im Stahlwerksverband die höchsten Beteiligungsziffern, sowohl für die Produkte A und B, besitzen; und da bei den jetzigen Verhandlungen über die Verlängerung und Erweiterung des Stahlwerksverbandes große Differenzen über die Beteiligungsneuregelung ausgetragen sein sollen, so wird die Fusion vielleicht noch dieser Richtung gleichfalls noch eine große Rolle spielen.

Von den zahlreichen Preiserhöhungen ist die des wichtigen Kupfers für viele Industrien empfindlich. Durch den industriellen Aufschwung stieg im ersten Halbjahr 1906 der Kupferverbrauch: in Deutschland auf 61 100 Tonnen (gegen 46 600 Tonnen) im gleichen Zeitraum des Vorjahres), in Frankreich in den ersten 7 Monaten auf 33 200 (27 700 Tonnen), in England auf 36 500 (30 700 Tonnen). Der amerikanische Mehrbedarf wird nicht näher beziffert, ist jedoch ganz enorm sein. Ferner rechnete die Spekulation, auf Grund der diesjährigen Witterung mit einem wesentlich vergrößerten Verbrauch von Kupfervitriol für Waschungen von Hopfen und anderen Bodenerzeugnissen. Der Londoner Höchstpreis von Standardkupfer war 1904 68½ Pfd. Sterling pro Tonne, 1905 war der vorhergehende Höchstpreis, unter dem Einfluß einer sehr skrupellosen Spekulation, immer noch nicht 81 Pfd. Sterling. Augenblicklich sind sogar 86 Pfd. Sterling schon erreicht und überschritten.

Nach der „Voss. Ztg." fände der Beschluß des Kohlensyndikats: noch immer wenigstens eine 5prozentige (gegenüber der früher 15prozentigen) Förderungseinschränkung für das vierte Quartal festzuhalten, obwohl der Kohlennachfrage nicht genügt werden kann, folgende Erklärung: Bergrat Krabler habe in der letzten Zechenbesitzerversammlung warnend darauf hingewiesen, daß eine nur 15 Prozent höhere Förderung einen Mehrbedarf von 30 000 Normalarbeitern bedeute, und dann wegen der „Jagd nach Arbeitern zu bedenklichen Zuständen" führen werde; dieses Argument habe durchgeschlagen. Also ehe man die Gefahr höherer Löhne heraufbeschwört – lieber läßt man der Auslandskohle einen größeren Spielraum und lieber hängt man der deutschen Industrie den Mühlstein einer Kohlennot an den Hals!

Berlin, 9. September 1906. **Max Schippel.**

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1905.

III.

Die **Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine** hatten am Schluß des Jahres 1906 in 2158 Ortsvereinen 117 097 Mitglieder gegen 111 889 im Jahre 1904, so daß sich eine Mitgliederzunahme von 5208 ergibt.

Von den Gewerkvereinen **hatten Mitglieder:** Maschinenbauer 49 516, Fabrikarbeiter 19 598, Kaufleute 14 614, Tischler 8078, Textilarbeiter 5365, Schuhmacher und Lederarbeiter 5210, Schneider 3840, Graphische Berufe 2018, Bergarbeiter 2189, Töpfer 1673, Tabakarbeiter 1399, Bauhandwerker 1238, Deutsche Frauen 1063, Bildhauer 441, Konditoren 303, Schiffszimmerer 235, Brauer 210, Seiler 47 und Kellner 60. Diese Mitgliederzahlen in Berufen wie Bauhandwerker, Bergarbeiter, Schneider und Schuhmacher zeigen, wie wenig Bedeutung den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen beizumessen ist.

Die Einnahmen der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine betrugen 1 336 651 Mk., die Ausgaben 1 170 219 Mk., der Vermögensbestand 3 497 069 Mk. Von diesem befinden sich jedoch in den Kranken- und Begräbniskassen 1 279 028 Mk., in den Begräbniskassen 823 045 Mark und in den Gewerkvereinskassen nur 1 394 996 Mk. Nur die letztere Summe würde für den gewerkschaftlichen Kampf in Betracht kommen. An einzelnen Ausgaben sind verzeichnet für: Verbandsorgan 133 581 Mk., Agitation 102 899 Mk., Aussperrungen und Streiks 286 643 Mk., Rechtsschutz 14 790 Mk., Reise-, Notfallunterstützung und Umzugskosten 67 802 Mk., Arbeitslosenunterstützung 193 746 Mk., Bildungsförderung 17 345 Mk., Ortsverbands- und Verbandssteuern 53 591 Mk., Drucksachen 67 871 Mk. und Verwaltungskosten 231 951 Mk.

Die **Christlichen Gewerkschaften**, die dem Gesamtverband angehören, hatten 1905 in 2333 Ortsgruppen im Jahresdurchschnitt 188 106 Mitglieder gegen 107 556 im Jahre 1904. Die Zunahme an Mitgliedern machte 80 550 aus. Die Mitglieder der dem Gesamtverbande angeschlossenen Gewerkschaften verteilen sich auf folgende Berufe: Bergarbeiter 71 500, Textilarbeiter 24 735, Bauhandwerker 20 679, Bayerische Eisenbahner 19 000, Metallarbeiter 17 563, Holzarbeiter 8386, Hülfs- und Transportarbeiter 8329, Tabakarbeiter 2851, Heimarbeiterinnen 3077, Keramarbeiter 2600, Schuh- und Lederarbeiter 2136, Schneider 1962, Ziegler 1800, Maler 1500, Graphische Gewerbe 740, Fleischer 500, Bäcker 380 und Krankenpfleger 368.

Die Einnahmen dieser Gewerkschaften betrugen 2 443 122 Mk., die Ausgaben 2 150 511 Mk., an Kassenbestand verblieben 1 249 408 Mark. An Einzelausgaben waren zu verzeichnen für: Verbandsorgan 205 155 Mk., Agitation 161 393 Mk., Streik- und Gemaßregeltenunterstützung 1 000 320 Mk., Rechtsschutz 45 457 Mk., Reise- und Arbeitslosenunterstützung 13 571 Mk., Sterbegeld 59 933 Mk., sonstige Unterstützungen 114 140 Mk., Bildungsförderung 11 691 Mk., Beitrag an den Gesamtverband 20 795 Mk., Gehälter 52 423 Mk., Verwaltungskosten 91 970 Mk.

Die **unabhängigen christlichen Gewerkschaften** hatten im Jahre 1905 in 812 Ortsgruppen im Jahresdurchschnitt 76 926 Mitglieder. Von diesen gehörten an dem Verband der Deutschen Eisenbahnhandwerker 41 436, Württembergische Eisenbahner 7500, Badische Eisenbahner 6000, Bayerisches Postpersonal 8611, Württembergisches Postpersonal 2557, Bayerische Salinenarbeiter 822 und dem Verein zur gegenseitigen Hülfe in Oberschlesien 10 000. Im Jahre 1904 hatte diese Art christlicher Gewerkschaften 96 928 Mitglieder. Es ist somit im Jahre 1905 ein Mitgliederverlust von 23 002 eingetreten. Hiervon entfallen jedoch 17 000 auf den Verband der Bayerischen Eisenbahner, der sich 1905 dem Gesamtverband angeschlossen hat. Daher auch die bedeutende Zunahme der Mitglieder des Gesamtverbandes. Die unabhängigen christlichen Gewerkschaften hatten eine Jahreseinnahme von 231 068 Mk., eine Ausgabe von 273 043 Mk. und einen Kassenbestand von 273 806 Mk. Die Ausgaben im einzelnen sind für diese Gewerkschaften nicht angegeben.

Von 1900 bis 1905 nahmen an Mitgliedern zu: die Zentralverbände um 664 376, gleich 97,64 Prozent, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine um 25 436, gleich 27,75 Prozent, und die christlichen Gewerkschaften um 105 262, gleich 65,83 Prozent.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine haben ihre Werbekraft verloren, was natürlich und erfreulich ist, und auch die „Christlichen" bleiben weit hinter den Zentralverbänden zurück, obgleich ihnen der so vorzüglich funktionierende Agitationsapparat der Kirche zur Verfügung steht. Der diesjährige Bericht der „Christlichen" ist voll des Lobes und der Freude über den gewaltigen Aufschwung. Die nackten Zahlen, wie sie vorstehend gegeben, zeigen, daß die Werbekraft dieser Organisationen weit hinter der der Zentralverbände zurückbleibt, trotzdem man sich auf die „christliche Weltanschauung" und das „Nationale" einschwört und sich damit bei allen Stellen, denen man Einfluß zutraut, fortgesetzt in empfehlende Erinnerung bringt. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine rühmen sich, allerdings fälschlich, auf dem Gebiete der Unterstützungseinrichtungen voraus zu sein. Wie's damit in Wahrheit aussieht, zeigt die folgende Zusammenstellung:

Es zahlten im Jahre 1905 an Arbeitslosenunterstützung:

	In Verbänden	Mit Mitgliedern	Insgesamt Mk.	Pro Kopf der Mitglieder Mk.
Zentralverbände	41	866 000	1 991 924	2,30
Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine	16	115 717	193 746	1,67
Christl. Gewerkschaften .	12	120 615	* 13 571	* 0,11

* und Reiseunterstützung.

Die „Christlichen" verschwinden mit ihren Leistungen ganz und die „Hirsch-Dunckerschen" bleiben weit hinter den Zentralverbänden zurück.

Nun könnte man aber sagen, vielleicht nicht bei der Arbeitslosenunterstützung, sondern im sonstigen Unterstützungswesen sind die „friedliche", „nationale" und „christliche" Anschauungen pflegenden Gewerkschaftsvereinigungen den Zentralverbänden voraus. Vielleicht gewähren sie ihren Mitgliedern auch einen größeren Rechtsschutz und dergleichen. Aber auch hier stehen „Christliche" und „Hirsch-Dunckersche" hinter den Gewerkschaften zurück. Nehmen wir alle Unterstützungen, die in diesen Organisationsgruppen gezahlt sind, zusammen, wobei allerdings die Krankenunterstützung und Begräbnisunterstützung ausscheiden muß, weil diese bei den „Hirsch-Dunckerschen" aus besonderen Kassen und nicht von den Gewerkvereinen geleistet wird, und rechnen die Ausgabe für Rechtsschutz dazu und dividieren die Summe durch die der gesamten Mitgliederzahl, so erhalten wir folgendes Bild:

Es verausgabten im Jahre 1905:

	Mitgliederzahl	Für Rechtsschutz und Unterstützungen: Insgesamt Mk.	Für Rechtsschutz und Unterstützungen: pro Kopf der Mitglieder Mk.	Für Aussperrungen, Streiks und Gemaßregelte: Insgesamt Mk.	Für Aussperrungen, Streiks und Gemaßregelte: pro Kopf der Mitglieder Mk.
Zentralverbände . .	1 344 803	3 761 622	2,79	10 160 859	7,55
Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine . .	117 097	276 338	2,36	286 643	2,45
Christliche Gewerkschaften	188 106	173 168	0,92	1 000 320	5,32

Da in einigen größeren Zentralverbänden das Unterstützungswesen wenig entwickelt ist, so kommen die Zentralverbände bei einer solchen Rechnungsmethode schlechter weg, als besonders die „Hirsch-Dunckerschen". Aber trotzdem bleiben diese noch recht nennenswert und die „Christlichen" wiederum ganz gewaltig hinter den Zentralverbänden zurück.

Und nun gar bei der Streikunterstützung. Den „Christlichen" verhalf der Bergarbeiterstreik zu ihrer großen Streikausgabe pro Kopf der Mitglieder. Der christliche Bergarbeiterverband setzte 436 445 Mk. als Ausgabe für den Streik und für Gemaßregelte in seine Abrechnung ein, während bei dem Bergarbeiterverband nur 20 000 Mk. für Streikunterstützung und 15 188 Mk. als Unterstützung für Gemaßregelte eingestellt sind. Ob unter der von den „Christlichen" verrechneten Summe sich auch die Ausgaben aus den Erträgnissen der Sammlungen befinden, läßt sich nicht feststellen. In die Einnahme sind bei dem christlichen Bergarbeiterverband 390 414 Mk. Extrabeiträge eingestellt, eine verdächtig hohe Summe gegenüber der Jahreseinnahme von 492 957 Mk. an regelmäßigen Beiträgen. Während des Streiks konnten diese Extrabeiträge doch nicht gezahlt werden, sofern man nicht als „Extrabeiträge" rechnet, was man von anderen Personen und Vereinigungen, aber nicht von den Mitgliedern erhält. Sollten die Mitglieder nach dem Streik diese große Summe an Extrabeiträgen aufgebracht haben?

Aber gleichviel, sollte hier auch kein Rechenkunststück vorliegen, so bleiben doch die „Christlichen" und gar erst die „Hirsch-Dunckerschen" bezüglich geleisteter Unterstützung für Streiks, Aussperrungen und Gemaßregelte weit hinter den Zentralverbänden zurück.

Auf dem Gebiete allgemeiner Unterstützung, sowie in den Kämpfen vermögen es die „Christlichen" den Zentralverbänden nicht gleichzutun. Damit erklärt sich, daß sie nicht annähernd die Werbekraft unserer Verbände besitzen, trotz aller sonstigen Hülfsfaktoren.

Die Leitung des „christlichen" Gesamtverbandes sucht und findet aber eine andere Ursache für den geringeren Zuspruch zu den christlichen Gewerkschaften, als ihn die Zentralverbände haben. Es ist der „Terrorismus" der letzteren, der die Arbeiter hindert, zu den „Christlichen" zu kommen. Mit großem Behagen wird in dem Bericht erzählt, daß in etwa einem Dutzend Fällen Strafantrag gegen die „Terroristen" gestellt ist und diese zu Gefängnisstrafen von 14 Tagen bis zu zwei Monaten verurteilt wurden. Zum Schluß dieser Abhandlung heiß es:

„Wir sind überzeugt: einige kräftige Artikel in der sozialdemokratischen Presse mit dem Hinweis auf die Ungehörigkeit derartiger Agitationsmittel und die eventuell zu gewärtigende Bestrafung würden genügen, um terroristisch veranlagte Elemente verträglicher zu stimmen. So lange dieses nicht geschieht, müssen die Bestraften die Ursacher ihrer Verurteilung bei ihren „Erziehern" suchen. Denn Brotlosmachung ihrer Angehörigen kann und wird die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht als ein erlaubtes Mittel zur Bekämpfung geistiger Bewegung anerkennen, selbst auf die Gefahr hin, daß in nächster Zeit umfangreichere Anzeigen erstattet werden müßten."

Nette Brüder in Christo, die ihrem Herrn und Heiland würdig nachahmen. – Die Herren wissen sehr genau, daß von der sozialdemokratischen Presse es stets verurteilt ist, irgend welche Zwangsmittel anzuwenden, um Arbeiter für die eigene Organisation zu gewinnen oder zum Austritt aus anderen Organisationen zu bewegen. In der Regel handeln aber die von der „christlichen" Gewerkschaftszentrale Verteidigten so unsolidarisch, daß ein selbstbewußter Arbeiter nicht mit ihnen zusammen arbeiten will. Vielfach gewinnt dieses unsolidarische Verhalten den Anschein, als sollte ein Vorgehen der anderen Arbeiter provoziert werden, damit, wie es in dem Bericht auch erzählt wird, die Arbeitsstellen „einfach durch christlich organisierte Arbeiter besetzt" werden können. Mit den zitierten Sätzen zeigen sich die Christlichen in ihrem wahren Charakter. Moralisches Empfinden hindert uns glücklicherweise, so „christlich" zu sein.

Mit einer Neuigkeit (nur von dieser Seite, von einer anderen war sie vorher entdeckt) überraschte uns der „christliche" Bericht. Es wird als nächstes Ziel darin bezeichnet, eine Verbindung aller nichtsozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisationen herbeizuführen. Das wird ja eine nette Vereinigung werden. Die nicht ganz „judenreinen" Gewerkvereine in Verbindung mit dem antisemitischen Handlungsgehülfenverband.

Uns wäre es recht, wenn diese „glückliche Verbindung" bald zustande käme. Mögen in diesen Gruppen auch noch so große Gegensätze vorhanden sein, in einem sind sie sich einig, in der Bekämpfung der modernen Arbeiterbewegung. Da ist es schon besser, die national-jüdisch-christlichen Heerscharen geschlossen gegen sich zu haben, als sich gewärtig zu sein, von der einen oder anderen Gruppe aus dem Hinterhalt angefallen zu werden.

Die Fortschritte, welche unsere Zentralverbände sowohl bezüglich der Ausdehnung, als auch der inneren Festigung im letzten Jahre wieder machten, läßt uns nicht zweifelhaft erscheinen, daß das Feld über kurz oder lang den auf dem Boden der modernen Arbeiterschaft stehenden Gewerkschaften gehören wird. **C. Legien.**

Vom sozialen Kampfplatze.

— **Braunschweig.** Hier ist es gelungen, in mehreren Betrieben nennenswerte Lohnerhöhungen durchzuführen. In der Tintenfabrik von Scheller wurden die Anfangslöhne der Arbeiterinnen von 6 auf 7,50 Mk. erhöht. In einem anderen Betrieb, der Zuckersiederei, die während der Kampagne über 300 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, wurde eine allgemeine Lohnerhöhung von 4 Pf. pro Stunde durchgesetzt. Auch für die Hülfsarbeiter in einigen Eisenindustrie-Werkstätten gelang es, durch schriftliche Verhandlungen eine teilweise Aufbesserung der besonders niedrigen Löhne herbeizuführen.

— **Der Streik der Netzstrickerinnen in Emden** ist nach fast fünf Wochen beendet. Die Kolleginnen haben mit echt ostfriesischer Zähigkeit den Kampf geführt, sie waren die Arbeiterinnen Ostfrieslands, die den Kampf gegen eine Unternehmertruppe führten, die, was Ausbeutungssucht und Profitgier anbetrifft, alle andern in den Schatten stellt. Nur dem Umstande haben es die Herren zu danken, das ist, die Kolleginnen hatten, der unmenschlichen Drangsalierung müde, die Arbeit eingestellt, ohne einer Organisation anzugehören. Nur dadurch, daß die organisierte Arbeiterschaft Emdens sich hinter sie stellte, wurde ihnen der Kampf ermöglicht, der nunmehr beendet ist. Das Errungene ist sicher minimal, aber die Kolleginnen sagen mit Recht: Was uns jetzt nicht gelungen ist, werden wir uns später holen. Jetzt gilt es, sich erst selbständig machen und die Organisation ausbauen nach innen sowohl wie nach außen. Alles müssen wir daran setzen, um sämtliche Kollegen und Kolleginnen für die Organisation zu gewinnen, denn wenn wir eine festgeschlossene Masse bilden, hinter der eine gute Organisation steht, können wir daran gehen, mit der übermenschlich langen Arbeitszeit zu brechen, dann kann mit dem unwürdigen Lohnsystem aufgeräumt werden. Kolleginnen und Kollegen, für uns muß es jetzt heißen: Werben für

den Verband. Wir dürfen nicht eher ruhen, bis der letzte organisiert ist. Der Anfang ist gemacht, jetzt heißt es emsig vorwärts.

— **Frankfurt a. M.** Achtung Gummiarbeiter! In der Gummifabrik A.-G. vorm. Karl Stoeckicht in Niederrad sind Differenzen ausgebrochen. Herr Stoeckicht will die im Frühjahr eingeführte neunstündige Arbeitszeit wieder abschaffen und die zehnstündige einführen. Ferner mutete er den Spiralschlauchmachern eine Lohnreduzierung von 20 Prozent zu. Als sich neun Mann weigerten, unterschriftlich ihr Einverständnis mit der Reduzierung zu erklären, wurden sie entlassen. In einer stattgefundenen Verhandlung lehnte Herr Generaldirektor Stoeckicht die Wiedereinstellung der neun Mann ab, welche die Reduzierung der Akkordsätze abgelehnt haben. Auch wollte er von der Wiedereinführung der zehnstündigen Arbeitszeit nicht Abstand nehmen. Er wollte lediglich für die zehnte Arbeitsstunde einen halben Stundenlohn zugestehen. In der gestern Abend stattgefundenen Besprechung der Arbeiter wurde mit 248 gegen 6 Stimmen beschlossen, die Wiedereinführung der zehnstündigen Arbeitszeit abzulehnen. Heute früh weigerten sich sämtliche Schlauchmacher, die Arbeit der neun Spiralschlauchmacher zu übernehmen. Darauf entließ Herr Stoeckicht auch diese Arbeiter, ungefähr 20 Mann. Zuzug von Gummiarbeitern aller Branchen nach Frankfurt a. M. ist streng fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

— **Die bei der Firma G. C. Bartels u. Söhne,** Dampfsägerei in Hamburg, Speckstraße, beschäftigten Kollegen hatten folgende Lohnforderung eingereicht und diese mit den fortwährend steigenden Lebensmittelpreisen begründet: 1. Bodenarbeiter und an Messermaschinen beschäftigte Arbeiter: a) jugendliche pro Stunde 25 Pf., b) ältere 30 Pf. (Unter jugendlichen Arbeitern sind solche unter 18 Jahren zu verstehen.) 2. Platzarbeiter, Anfangslohn pro Stunde 35 Pf. 3. Blocksägenaufpasser, Anfangslohn 35 Pf., wogegen sie auf die bisher erhaltenen Späne verzichten. 4. Blocksägenschneider, Packer, Hauer und Bodenaufseher, Anfangslohn pro Stunde 40 Pf. 5. Kutscher, Wochenlohn 27 Mk. 6. Für Ueberstunden wird ein Aufschlag von 20 Prozent, für Sonntagsarbeit ein solcher von 30 Prozent gewährt. Soweit einzelne Arbeiter in den verschiedenen Abteilungen einen höheren Lohn bereits beziehen, bleibt dieser bestehen. Die vordem gezahlten Löhne waren durchgehends um 3 Mk. pro Woche niedriger. Die Firma hat nach kurzen Unterhandlungen die Lohnforderung in vollem Umfange bewilligt. Die Lohnerhöhung tritt mit dem 18. September in Kraft. Die Lohnerhöhung für die beiden Kutscher beginnt aber erst nach 4 Wochen, wenn von ihnen eine bestimmte Bedingung erfüllt ist. Dieser Erfolg war aber nur durch die strasse Organisation möglich, wenn auch das bereitwillige Entgegenkommen der Firma anzuerkennen ist. Es wird Sache der Arbeiter in dem Betriebe sein, nachdem die Firma die Organisation anerkannt hat, dafür zu sorgen, daß keiner der Organisation den Rücken kehrt. Nur dann wird das Errungene festzuhalten und zu gegebener Zeit mehr zu erringen sein. Die Lohnerhöhung kommt etwa 80 Arbeitern zugute, welche fast sämtlich in unserem Verband organisiert sind.

— **Heilbronn.** Daß auch für die Arbeiterinnen durch die Organisation etwas zu erreichen ist, haben wir hier bei der Firma Oppenheimer u. Ko. bewiesen. Durch die Vermittelung unseres Geschäftsführers wurde dort ein fester Lohntarif eingeführt, bei dem der Anfangslohn 1,50 Mk. und nach 2jähriger Arbeitszeit 2 Mk. pro Tag beträgt. Die Arbeitszeit wurde um eine Stunde pro Tag verkürzt und beträgt jetzt 9 Stunden. Zieht man die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen hier in Betracht, wo durchschnittlich bei 10- bis 11stündiger Arbeitszeit 1,40 bis 1,60 Mk. pro Tag bezahlt wird, so haben wir hier einen schönen Erfolg erreicht. Dies sollte auch anderen Arbeiterinnen hier den Ansporn geben, unserem Verbande beizutreten. In der Maschinenfabrik Weippert u. Söhne hier wurde für die Schreinerei-Hülfsarbeiter eine Erhöhung der Löhne von 20 bis 30 Pf. pro Tag erzielt.

— **Kaiserslautern.** Der Streik im Eisenwerk dauert unverändert fort. Die Brückenbauten, welche das Eisenwerk in Mühlheim a. Rh. und Mannheim-Neckarau aufführt, sind ebenfalls am Streik beteiligt. Es wird versucht, Arbeiter an diese Brückenbauten zu locken, indem man ihnen erklärt, sie kämen zu einer anderen Firma. Wir ersuchen hiermit, Zuzug nach obigen Orten streng fern zu halten.

— **Landsberg (Warthe).** In der Scholtenschen Stärkefabrik sind etwa 50—60 Kollegen entlassen worden. Die Fabrikleitung bildete sich ein, daß die Kollegen auf Anregung des Verbandes während der Kampagne mit höheren Lohnforderungen hervortreten wollten, und da schon im Sommer eine Aufbesserung erfolgte, war die Leitung nicht geneigt, diese zu zahlen. Die Fabrikleitung wollte gegen jede Lohnforderung gesichert sein. Sie verlangte daher die Unterschrift eines Reverses. Nach der im Sommer eingetretenen Lohnerhöhung sind die Löhne wie folgt: Von den Ausgesperrten hatten 5 Kollegen einen Lohn von 3 Mk., 35 einen Lohn von 2,50 Mark und 13 Kollegen hatten einen Lohn von 2,25 Mk. und weniger. Daß das in jetziger Zeit Löhne sind, mit denen man seine Zufriedenheit auch noch schriftlich zum Ausdruck bringen soll, das sehen wir nicht ein. Die Kollegen hatten sich bereit erklärt, in Form einer Resolution zu erklären, daß sie für den Herbst eine Lohnforderung nicht stellen würden, aber das genügte der Firma nicht. Sie sperrte aus. Wenn Zuzug fern bleibt, dann besinnt sich die Firma vielleicht darauf, daß es besser ist, auf die Unterschrift zu verzichten.

— **Ludwigshafen.** Zwischen den Vertretern der chemischen Fabrik zu Hochspeyer Gg. Ollmann u. Ko. und unserer Organisation kam ein Tarif zum Abschluß, der für 83 Kollegen eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 8,34 Prozent vorsieht.

— **München.** Die Kolleginnen der kunstgewerblichen Metallätzerei beauftragten den Kollegen Hämmel, der Firma Weinbrenner u. Ko. Forderungen zu unterbreiten, worauf nach mehrmaligen Unterhandlungen folgender Tarifvertrag abgeschlossen wurde:

Zwischen der Münchener kunstgewerblichen Metallätzerei Weinbrenner u. Ko. einerseits und dem Verband der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, vertreten durch Herrn Karl Hämmel, andererseits wurde heute folgender Vertrag abgeschlossen:

§ 1. Der Anfangslohn für die Arbeiterinnen in der Fabrik der Firma Weinbrenner u. Ko. beträgt vom 3. September 1906 ab (erster Zahltag am Sonnabend, den 8. September): a) Für neueintretende Arbeiterinnen 16 Pf. pro Stunde, nach vier Wochen 17 Pf., von da ab nach 6 Monaten 19 Pf., nach 12 Monaten 20 Pf., dann steigend jedes Jahr um 2 Pf., bis der Stundenlohn von 24 Pf. erreicht ist. b) Für alle Arbeiterinnen, soweit sie diese Löhne noch nicht haben, soll der Lohn von jetzt ab in derselben Weise sich steigern, wie bei den neuen. c) Sämtliche Arbeiterinnen, die bereits 2 Jahre im Geschäfte sind, erhalten eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde, sofern sie einen Stundenlohn von 24 Pf. noch nicht erhalten; die unter 2 Jahre beschäftigt sind, eine solche von 1 Pf. pro Stunde.

§ 2. Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, und zwar dauert dieselbe von 7—12 Uhr und von ½2—6 Uhr mit je einer Viertelstunde Frühstücks- und Vesperpause.

§ 3. Ueberstunden und Sonntagsarbeit werden mit 25 Prozent Zuschlag bezahlt.

§ 4. Die Organisation wird von der Firma Weinbrenner u. Ko. anerkannt und erklärt dieselbe, nur solche Arbeiterinnen zu beschäftigen, die dem Verbande der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands angehören. Maßregelungen finden nicht statt.

Der Vertrag dauert bis 1. Oktober 1908.

Das Hauptgewicht bei den Unterhandlungen wurde auf § 4 gelegt, weil eine Anzahl Arbeiterinnen sich stets weigerte, der Organisation beizutreten, nach Abschluß des Vertrages aber schleunigst derselben beitraten.

Einen weiteren Erfolg haben unsere Kollegen bei der bayerischen Handelsbank, Lagerhaus Ostbahnhof, zu verzeichnen. Hier wurde ebenfalls ein Tarif auf die Dauer von 2 Jahren abgeschlossen.

1. Löhne: Der Lohn für Partieführer beträgt 4,50 Mk. pro Tag, der Lohn für Arbeiter beträgt 4 Mk. pro Tag.

Ueberstunden für Partieführer 50 Pf., für Arbeiter 45 Pf., Sonntagsarbeit bis ½12 Uhr, gleich ein halber Tag, außerdem 60 Pf. Zuschlag.

2. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit beginnt früh 6 Uhr und endet abends 6 Uhr, mit einer 1½stündigen Mittagspause sowie einer ½stündigen Vor- und Nachmittagspause. An den Sonnabenden ist um ½6 Uhr Arbeitsschluß, an den Vorabenden von Ostern, Pfingsten und Weihnachten um 4 Uhr mit Bezahlung bis 6 Uhr. Der 1. Mai wird freigegeben. Der Vertrag dauert bis 15. September 1908. Eine schöne Lohnerhöhung und 2 Stunden Arbeitszeitverkürzung sowie Freigabe des 1. Mai war der Erfolg dieser Bewegung. Hoffentlich kommen die Kollegen zu der Einsicht, daß ohne Organisation nichts erreicht werden kann.

Aus der Zuckerindustrie.

Barby. Die Arbeiter erwachen. Die hiesige Zuckerraffinerie konnte ihren Betrieb nicht eröffnen, da sich 80 Arbeiter weigerten, einen Revers zu unterschreiben, in dem sie ihre Nichtzugehörigkeit zum Verbande erklären sollten. So tagt es überall.

Oschersleben. Arbeitermangel herrscht auf der hiesigen Raffinerie; es werden noch über 100 Mann gesucht. Diese Tatsache ist nicht zufällig, es ist vielmehr die Frucht der jahrelang geübten Praxis der Direktion, neben langer Arbeitszeit bei intensiver Ausnutzung der Kräfte nur geringen Lohn zu zahlen. Nur zuletzt, wenn gar keine andere Beschäftigung mehr zu erlangen ist, gehen die hiesigen Arbeiter hinaus, um den Zuckerbaronen ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Bisher war es der Direktion immer gelungen, Polen und andere anspruchslose Proletarier heranzuziehen, aber in diesem Jahre ist es damit noch nichts. Auch diese Leute fangen mit der Zeit an, die miserablen Zustände zu begreifen und wollen sich nicht mehr mit Leib und Seele verkaufen. Wir wollen der Direktion das Geheimnis zur Schaffung eines zuverlässigen und brauchbaren Stammes von Arbeitern verraten. Es heißt: Ausreichende Bezahlung, normale Arbeitszeit, anständige Behandlung und vor allen Dingen Abschaffung des schikanösen Strafsystems, das den Groll aller anständigen Arbeiter hervorruft. Aber auch die Arbeiter jenes Betriebes versündigen sich an ihren eignen Interessen, indem sie noch immer nicht den Mut gefunden haben, sich unserer Organisation anzuschließen.

Korrespondenzen.

Bremen. Eine ziemlich gutbesuchte Versammlung tagte am Donnerstag, den 6. September, im Vereinshause. Kollege Borger referierte über „Kartellvertrag zwischen Fabrik- und Bauarbeiter". Redner führte etwa folgendes aus: Wer die Presse der einzelnen Gewerkschaften verfolgt habe, der habe gefunden, daß sehr viel auf Kongressen und Versammlungen über die Grenzstreitigkeiten diskutiert worden sei. Die Grenzregulierung zwischen den einzelnen Gewerkschaften sei nicht so leicht, wie es erscheine. Die Zentralvorstände der Gewerkschaften, die in erster Linie diese Frage angeht, sind vom Gewerkschaftskongreß beauftragt worden, diese Streitfrage zu regeln. Nach der von der Sitzung der Zentralvorstände und der Generalkommission angenommenen Resolution sollen zur Beseitigung strittiger Grenzgebiete Kartellverträge abgeschlossen werden. Nach der Resolution können auch berufsfremde Arbeiter aus der Organisation ausgewiesen werden. Für den Fabrik- und Bauarbeiterverband sei es längst ein Bedürfnis gewesen, daß diese Streitigkeiten beseitigt würden. Der Hauptvorstand habe alle Mitglieder aufgefordert, sich der in Frage kommenden Gewerkschaft anzuschließen, wenn sie in Betrieben resp. auf Arbeitsplätzen beschäftigt sind, die nach den Verträgen im Agitationsgebiet einer anderen Gewerkschaft liegen. Für die am Bau beschäftigten Kollegen sei es nicht so leicht, sich so ohne weiteres den Bestimmungen der Resolution zu fügen. Die Gründe der Unternehmer, wonach den am Bau beschäftigten Fabrikarbeitern bei Lohndifferenzen sehr oft weniger Bedeutung beigemessen werde, wie den Bauarbeitern, geben gewiß zu denken. Infolge der Entwickelung der Technik, die immer mehr Hülfsarbeiter schaffe, werde sich in Zukunft die Organisationsfrage ganz anders gestalten. Die am Bau beschäftigten Kollegen seien nach dem Vertrage verpflichtet, sich dem Bauarbeiterverbande anzuschließen. In erster Linie kommen diejenigen in Frage, die ständig an Bauten beschäftigt sind. In der Diskussion wurde der Standpunkt vertreten, daß der Referent die Bremer Verhältnisse nicht genügend kenne; hier sei nicht nur mit den Bauarbeitern zu rechnen, sondern auch mit den Hafenarbeitern. Ferner hätte man den Fabrikarbeitern die Ziegeler- und Landarbeiter überwiesen, wovon der Verband nur Schaden habe. Die Konferenz der Zentralvorstände habe die Frage nicht glücklich gelöst. Der Zwang, die Mitglieder zum Eintritt in eine andere Organisation zu verpflichten, sei verwerflich. Die Gründung eines Verbandes nichtgewerblicher Arbeiter wäre die richtigste Lösung dieser Frage gewesen. Es wurde ferner in der Versammlung der Standpunkt vertreten, daß diese Streitfrage nur die Folge von dem Verhalten der gelernten Arbeiter sei, die sich von jeher dagegen sträubten, daß die ungelernten Arbeiter in derselben Organisation aufgenommen würden. Das mißliche Verhältnis werde erst beseitigt werden, wenn eine einheitliche Organisation geschaffen sei. Es liege aber vielfach an den Beamten, die sich dagegen sträubten, daß eine Verschmelzung der Organisationen herbeigeführt werde. Nach Entgegennahme des Kartellberichts, wonach die Zusammensetzung des Kartells in Zukunft eine derartige sein wird, daß die Gewerkschaften auf jedes volle Tausend Mitglieder einen Vertreter entsenden, wurde Kollege Wellmann als Kartelldelegierter und Kollege Bode als Stellvertreter gewählt. Der Kollege Dibjick unterbreitete den Anwesenden einen Antrag der Ortsverwaltung, der dahin geht, den Lokalbeitrag vom 1. Oktober ab zu erhöhen. Redner führte in kurzen Worten die Notwendigkeit der Erhöhung des Lokalbeitrages den Kollegen vor Augen. Nach einer regen Diskussion über die Höhe des in Zukunft zu erhebenden Lokalbeitrags wurde ein Antrag der Ortsverwaltung angenommen, wonach männliche Mitglieder statt 5 Pf. 10 Pf. pro Woche, weibliche Mitglieder statt monatlich 10 Pf. wöchentlich 5 Pf. zu entrichten haben. —

Bromberg. Am Sonntag, den 9. September, tagte im Verkehrslokale, Thornerstraße 31, eine öffentliche Versammlung der in Fabriken und Schneidemühlen beschäftigten Arbeiter. Als Referent war der Gauleiter Kollege Bennewitz-Berlin erschienen und behandelte das Thema: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter der Gegenwart". Er entledigte sich dieser Aufgabe aufs beste; es war ihm ein leichtes, nachzuweisen, daß es dem Arbeiter bei den hierorts gezahlten Löhnen von 20, 21 und 22 Pf. pro Stunde nicht möglich sei, seinen Verpflichtungen als Familienvater nachzukommen. An einer Reihe von Beispielen zeigte er ihnen, daß die Organisation es sei, welche ihnen zuerst Hülfe bringen könne. Mit der Aufforderung, sich alle, so weit es noch nicht geschehen sei, dem Fabrikarbeiterverband anzuschließen, schloß er seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. — In der Diskussion sprachen mehrere Redner im Sinne des Referenten. Der Vorsitzende der Agitationskommission, Genosse Stößel, besprach noch in längeren Ausführungen ein Bittgesuch des Vorstandes des evangelischen Arbeitervereins, den Anwesenden nachweisend, daß hier die Arbeitgeber ihre Hand im Spiele haben, und erregte dies in der Versammlung allgemeine Heiterkeit. Zum Schluß forderte der Referent die Anwesenden noch einmal auf, sich dem Fabrikarbeiterverband anzuschließen, welcher Aufforderung eine Anzahl der Kollegen auch nachkam, und können wir mit dem Resultat dieser Versammlung zufrieden sein. Im Anschluß an diese öffentliche tagte dann noch eine Mitgliederversammlung; in derselben erläuterte Kollege Bennewitz eingehend das Statut und machte noch die wichtigsten Verbandstagsbeschlüsse bekannt. Nachdem wurden die gestellten Anträge zur Gaukonferenz eingehend beraten und gelangten zwei derselben zur Annahme.

Charlottenburg. Am 6. September tagte im „Volkshaus" unsere Mitglieder-Versammlung, die von ca. 300 Kollegen besucht war. Kollege Pohl erstattete Bericht vom diesjährigen Verbandstag. In der anschließenden Diskussion wurden mehrere Beschlüsse des Verbandstages kritisiert. So unter anderem, daß der erhöhte Beitrag am 1. Oktober bereits zur Erhebung gelange. Dann aber besonders der Verschmelzungsbeschluß. Nach § 11, Absatz 10 des Statuts können an Orten mit 10 Mitgliedern Zahlstellen errichtet werden. Diese Bestimmung sei nicht geändert, und jetzt wolle man Zahlstellen mit 1100 Mitgliedern aufheben. Die Zahlstelle verlange ihre Selbstständigkeit. (Man sieht, was alles herhalten muß, um die durchaus notwendige Verschmelzung zu hintertreiben. Dieser Strohhalm, der hier ergriffen wird, der wird reißen. A. B.) Es gelangte dann folgende Resolution zur Annahme:

„Die heute, am 6. September 1906, im „Volkshaus" tagende ordentliche Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle Charlottenburg nimmt Kenntnis von dem Bericht des Kollegen Pohl vom Verbandstage. Die Kollegen und Kolleginnen sind mit der Stellungnahme des Kollegen Pohl auf dem Verbandstage einverstanden, vor allem des Verschmelzungsantrages, und soweit uns die Kontrolle durch die schlechte Berichterstattung der Presse möglich war. — Die Versammlung protestiert geschlossen gegen den Beschluß des Verbandstages: Zahlstellen im Umkreise von 15 Kilometern haben sich zu einer zu verschmelzen ꝛc. Die Kollegen und Kolleginnen sind der Ueberzeugung (da nach Beschluß der Konferenz der Zentralvorstände und auch unseres diesjährigen Verbandstages in der Metallindustrie die Agitation unsererseits fürderhin zu unterlassen ist), daß Charlottenburg und Berlin kein einheitliches Wirtschaftsgebiet sind im Sinne des Verbandstagsbeschlusses und die örtlichen Verhältnisse einen Zusammenschluß ohne Schädigung des Verbandes gar nicht zulassen.

Andererseits wir als stärkste Organisation hier am Orte es als Ehrensache ansehen, unser Kartell und das Volkshaus hoch zu halten. Die Versammelten sehen ferner in dem Beschluß des Verbandstags einen schweren Eingriff in ihre demokratischen Rechte und protestieren ganz energisch dagegen. Sie sehen in der Selbstständigkeit der Zahlstelle unter Aufsicht des Gauleiters und Vorstandes die beste Gewähr für Vertretung unserer Orts- und Verbandsinteressen und ersuchen den Vorstand, als die maßgebende Instanz, um unsern Verband vor Rückschägen zu wahren, die Entscheidung unseren Wünschen entsprechend zu treffen."

Aehnliche Resolutionen sind in Tegel und Adlershof angenommen worden. Anstatt der langen Erklärungen, die da gegeben werden, sollten die Kollegen doch einfach sagen: Wir wollen nicht, weil wir nicht wollen. Das wäre wenigstens offen. Was mag man sich wohl in Charlottenburg unter einheitlichem Wirtschaftsgebiet vorgestellt haben, als man die Behauptung niederschrieb, Charlottenburg und Berlin bildeten kein einheitliches Wirtschaftsgebiet? Die Kollegen der Zahlstelle Adlershof, Berlin, Charlottenburg, Köpenick, Spandau, sie arbeiten gemeinsam auf gleichen Fabriken zusammen, sind also auch in einem gemeinsamen Wirtschaftsgebiete, von anderen Merkmalen ganz abgesehen. Wir erblicken nun in dem Umstand, daß Kollegen in einem Betriebe arbeiten, aber in 5 bis 6 Zahlstellen zersplittert sind, einen nicht weg zu leugnenden Mißstand und werden diesen zu beseitigen suchen.

Döbeln. Endlich nach langem Bemühen ist es gelungen, die Arbeiter der Papierfabriken von Pischwitz und Technitz über den Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation aufzuklären. Ein Lokal steht den Arbeitern in dortiger Gegend nicht zur Verfügung. Vorläufig müssen sie ihre Interessen unter freiem Himmel wahren. Es ist bedauerlich, aber wahr, daß die Wirte, trotzdem sie auf den Massenkonsum, welcher nur durch die Arbeiter erzeugt wird, angewiesen sind, immer noch ihre Lokalitäten für Arbeiterversammlungen nicht hergeben wollen. Ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft hat sich jetzt gewerkschaftlich organisiert; hoffentlich bringen sie jetzt den Wirten das notwendige Verständnis für Arbeiterfragen bei.

Am 9. September versammelten sich die Arbeiter obengenannter Fabriken, und zwar wie bereits erwähnt unter freiem Himmel. In Masten bei Döbeln, wo noch nie eine Versammlung stattgefunden hatte, war es uns gelungen, einen Garten für diesen „umstürzlerischen" Zweck zu erhalten. Ueber Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation referierte Kollege Neuring-Dresden. In längeren Ausführungen, oft von Beifall unterbrochen, zeigte der Referent den aufmerksam zuhörenden Arbeitern, wie die allgemeinen wirtschaftlichen, sowie die hier in Betracht kommenden Betriebsverhältnisse einen Zusammenschluß aller derer, die nach Verbesserung ihrer Lebenslage streben, unbedingt erforderlich ist. Sind doch Mißstände genügend vorhanden. Badeeinrichtungen, Ventilation, sowie von Waschgelegenheit keine Spur. Ein Kollege sagte: Der Speiseraum wird mit als Lagerraum benutzt. Arbeitszeit 12 Stunden den Tag, der Unternehmer nennt das Schicht. Lohnbütten, die sich in unseren Händen befinden, beweisen, daß Arbeiter in der Woche 12, 13, 14 Mk. verdienen, Arbeiterinnen 7—8 Mk. pro Woche. Nur durch die gewerkschaftliche Organisation ist es möglich, eine erträgliche Arbeitszeit und einen auskömmlichen Lohn zu erzielen. Darum agitiere ein jeder Kollege aus Leibeskräften. Jeder Freund und Arbeitskollege muß ständig aufgefordert werden, sich seiner Organisation anzuschließen. Dann gehts auch vorwärts.

Dresden. Zwei öffentliche Versammlungen tagten Sonnabend, den 8. September, in der Musenhalle zu Löbtau und Dienstag, den 11. September, in Watzles Etablissement in Mitten. Redakteur Fr. Düwell hielt einen naturwissenschaftlichen Vortrag über „Leben und Sterben". Zum 2. Punkt referierte Kollege Thiemig über die vom Verbandstag beschlossene Beitragserhöhung und die Beibehaltung der bislang erhobenen Lokalbeiträge. Er setzte den Anwesenden auseinander, aus welchen Ursachen heraus der Verbandstag die Beiträge erhöht habe. War das Jahr 1905 ein Kampfjahr, so ist es das Jahr 1906 noch mehr. Wir leben jetzt in einer Zeit aufsteigender Konjunktur. Das beweisen die Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften. Daß die Arbeiter in günstiger Geschäftszeit versuchen, ihre Lage zu verbessern, ist leicht begreiflich, und die Unternehmer wären wohl in der Lage, etwas zu bewilligen, aber ihr „Herr-im-Hause-Standpunkt" läßt das nicht zu. Auf jeden geringen Streik folgt jetzt fast immer eine Aussperrung des ganzen Gewerbes. Die Unternehmer wollen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zum Weißbluten bringen. Die Ausgaben für Streiks und Aussperrungen sind noch nie so hohe gewesen, wie in den letzten Jahren. Eine Organisation mit niedrigen Beiträgen kann keine Kämpfe führen. Sollen wir dem Unternehmertum mit Erfolg gegenübertreten, so müssen wir unsere Organisation in finanzieller Hinsicht besser ausbauen. Einer starken, finanziell gut fundierten Organisation wird das Unternehmertum eher Zugeständnisse machen wie einer schwachen. Redner ging dann des näheren auf die letzte große Metallarbeiteraussperrung, speziell hier in Dresden, ein und legte die Gründe dar, die die Ortsverwaltung zu ihrem Antrag auf Beibehaltung des jetzigen Lokalbeitrages von 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder bewogen haben. So haben wir hier allein fast 4000 Mk. an die nichtbezugsberechtigten Mitglieder aus der Lokalkasse bezahlen müssen, so daß wir nicht nur keinen Kassenbestand, sondern noch annähernd 2000 Mk. Schulden beim Hauptvorstand haben. Wenn wir eine gefüllte Kasse haben, können wir auch mehr für unsere Mitglieder tun in jeder Hinsicht. Mit einem Appell an die Opferwilligkeit der Kollegen schloß Kollege Thiemig seine Ausführungen. Während in der Musenhalle der Antrag ohne wesentliche Debatte gegen 2 Stimmen angenommen wurde, wurde derselbe in Watzles Etablissement nach lebhafter Debatte für und wider einstimmig angenommen, so daß vom 1. Oktober an männliche Mitglieder 50 Pf., weibliche Mitglieder 25 Pf. zu zahlen haben.

Erfurt. Sonnabend, den 8. September, abends 8½ Uhr, tagte im „Tivoli" unsere Mitgliederversammlung. Es wurde über die Wahlen zum Gewerbegericht gesprochen und zwar von dem Genossen Wisel, der in einstündigem Vortrage den Anwesenden die Bedeutung der Gewerbegerichte für die Arbeiterschaft klar machte. Zum Schlusse forderte er auf, soweit es jedem möglich ist, sich in die Wählerliste eintragen zu lassen, damit es gelingt, sämtliche Arbeitervertreter durchzubringen. Reicher Beifall lohnte seinen Vortrag. Zum Bericht des Verbandstages sprachen sich mehrere Kollegen zufriedenstellend aus. Es wurde denn auch ein Antrag angenommen: „Die heutige, am 8. September, im „Tivoli" stattfindende Mitgliederversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des 8. Verbandstags zu Leipzig einverstanden und verpflichtet alle Kollegen, stets im Sinne der Beschlüsse zu wirken." Ueber die Beitragserhöhung sprachen sich die Kollegen dahin aus, daß diese unbedingt notwendig sei, wenn man die durch die Verbandstagsbeschlüsse bedingten Mehrausgaben in Betracht zieht. Um aber den Kollegen entgegen zu kommen, wurde ein Antrag angenommen, der dahin geht, die Lokalbeiträge auf weitere Zeit fallen zu lassen. Nachdem der Kartellbericht gegeben war und noch einige Punkte im Verschiedenen erledigt wurden, erfolgte Schluß der interessanten Versammlung.

Fürth. Seit 5 Wochen stehen die Arbeiter vom Sägewerk des Herrn Hübner in Burgfarrnbach im Ausstande. Die Kollegen kämpfen um ihr gesetzlich gewährleistetes Koalitionsrecht. Bis jetzt ist es Herrn Hübner nicht gelungen, die Organisation zu vernichten.

Auch nicht ein einziger organisierter Arbeiter ist wankelmütig geworden, darunter auch Familienväter mit 5—6 Kindern. Herrn Hübner ist es gelungen, einige Arbeitswillige aus der Gegend von Neumarkt zu engagieren, sowie einen gewissen Zimmermeistersohn Seßner von Burgfarrnbach. Wir gönnen Herrn Hübner diese Arbeitswilligen, ob dabei sein Geschäft besser florieren wird, als früher bei der Arbeit seiner alten eingeschulten Leute, das möge Herr Hübner sich selbst beantworten. Es muß faktisch nicht weit her sein mit der Arbeitsleistung jener Arbeitswilligen, wenn selbst der bekannte Wieland, der Günstling des Herrn Hübner, erklärte: „Ich kann euch nur mitteilen, daß Hübner mit diesen Leuten einen kolossalen Schaden hat. Ich will selbst mit diesen Leuten nicht mehr zusammen arbeiten und werde am Sonnabend ebenfalls die Arbeit niederlegen.“ Daß Wieland nicht Wort gehalten hat, gehört zum Charakter eines Arbeitswilligen. Auch der Bruder des Wieland, Christof Wieland, der ein paar Tage von den Fleischtöpfen des Herrn Hübner gekostet hat, erklärte: „Eine solche Schinderei habe ich noch nirgends angetroffen und dazu noch die miserablen Löhne, hier wäre es am Platze, daß die Arbeiter einsichtig würden und höhere Löhne verlangten.“ Wenn selbst Arbeiter, die während des Streiks bei Hübner beschäftigt waren, solche Erklärungen abgeben, ist es leicht begreiflich, warum Herr Hübner die Organisation so haßt. Nur um den „Herrn im Hause“ zu markieren, entläßt man seine alten organisierten Arbeiter und freiet sich mit minderwertigen Arbeitskräften weiter. **Wir ersuchen die sämtlichen arbeitsuchenden Kollegen, nicht auf den Leim der verlockenden Arbeitsangebote des Herrn Hübner zu gehen.** Die ausständigen Kollegen sind schon zum größten Teil anderweitig untergebracht, und die übrigen verzichten freiwillig auf das Eldorado des Herrn Hübner.

Fürth. Auf der Anklagebank vor dem hiesigen Amtsgericht saßen am 11. September 1906 die Kollegen Steiniger, Oppel und Möhlein, letzterer bei unserem Verbande organisiert, wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung. Der Vorfall spielte sich während des Maurerstreiks in einer Wirtschaft in Unterfarrnbach ab. Genannte drei Kollegen befanden sich in Gesellschaft einer Anzahl Arbeitswilliger. Die Angeklagten unterhielten sich miteinander über die Bewegung. Aus dieser Unterhaltung wollen die Arbeitswilligen Beleidigungen herausgehört haben, als wie: „Die Drecksäue, keine Zeit haben sie mehr, um sich zu waschen; heruntergerutschter Baumeister; im Winter werden wir uns schon wieder treffen, wenn sie, die Arbeitswilligen, Holz stehlen gehen ꝛc.“ Der Amtsanwalt beantragte 3 Wochen Gefängnis. Der Verteidiger, in Vertretung des Herrn Dr. Süßheim, gab sich alle erdenkliche Mühe, es dem Gericht begreiflich zu machen, daß diese Beleidigungen, wenn sie wirklich gefallen wären, nicht unter § 153 fallen könnten, und beantragte eine Geldstrafe. Der Gerichtshof pflichtete der Anklage des Amtsanwalts bei und verurteilte Steiniger und Möhle zu je 14 Tagen Gefängnis, Oppel zu 5 Tagen.

Harburg. In der Versammlung am 11. September hielt Genosse Zielke einen Vortrag über: Arbeiter, Kirche und Schule. Redner erläuterte den Unterschied in den Lehrplänen der Volksschulen und der höheren Lehranstalten und legt dar, wie berechtigt die Forderungen auf Entfernung des Religionsunterrichts aus den Schulen seien. Die Religion sei eine durchaus intime, nicht lehrbare Sache, und zwar nur für Erwachsene, keineswegs für Kinder. Redner beweist an der Hand historischer Beispiele die Wandlungsfähigkeit der Religionsformen und bestreitet die absolute Abhängigkeit der Sittlichkeitslehren von religiösen Vorstellungen. Zwar sei man bemüht, und des Schulverfassungsgesetz bestätige das, die Köpfe der Proletarierkinder immer mehr mit Religion vollzupfropfen, werde sich aber doch mit der Tatsache der bereits in weiten Kreisen vorhandenen Religionslosigkeit abfinden müssen. Daß nicht immer gerade die, die religiös erzogen, auch sittlich handeln, beweise das Verhalten der christlichen Gewerkschaften bei Lohnkämpfen. Redner gibt zu bedenken, ob es ratsam und mit der proletarischen Weltanschauung vereinbar sei, ferner die Religionsgemeinschaft zu teilen mit Leuten, die den Sozialdemokraten die sittliche Tüchtigkeit zur Erziehung ihrer Kinder absprechen, und fordert auf, die Konsequenzen zu ziehen, indem man seiner inneren Ueberzeugung gemäß handeln möge. Zum 2. Punkt legt der Vorsitzende die Bestimmungen des Vertrages mit dem Vorstand des Bauarbeiterverbandes noch einmal klar, damit jeder im Baufach arbeitende Kollege wisse, was er zu tun habe, wenn er länger als die vereinbarte Zeit an bestimmter Stelle arbeite. Des weiteren gibt der Vorsitzende den Kassenbericht, der von den Kollegen ohne Diskussion entgegengenommen wurde.

Itzehoe. Am 3. September tagte eine außerordentliche Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Seicht. Der Kollege Borger sprach über das Thema: „Kartellvertrag mit den Bauarbeitern“. Der Redner begründete die einzelnen Bestimmungen dieses Vertrages und empfahl sie zur strengen Beachtung. Die Kollegen, welche sich an der Debatte beteiligten, erklärten sich mit den Bestimmungen des Vertrages einverstanden.

Kassel. In einer am 7. September hier auf dem „Bunten Bock“ tagenden öffentlichen Versammlung referierte Kollege Brey über die Entwickelung des Verbandes. Seine Ausführungen fanden den Beifall der Anwesenden und auch der Diskussionsredner. Anschließend wurde die Anstellung eines besoldeten Geschäftsführers für Kassel und die Erhebung eines Lokalbeitrages von 5 Pf. pro Woche und Mitglied beschlossen.

München. Samstag, den 15. September, tagte im Restaurant „Peterskeller“ eine gutbesuchte Mitgliederversammlung, welche sich zum ersten Punkt der Tagesordnung nochmals mit den gegen die Geschäftsleitung ausgestreuten Verdächtigungen und unwahren Gerüchten befaßte und den Urheber derselben, den früheren Einkassierer A. Atenberger, gegen 4 Stimmen aus dem Verbande ausschloß. Ebenso wurde ein Antrag auf Ausschluß des Kollegen Nennenmacher angenommen, welcher sich verschiedene Unregelmäßigkeiten zu schulden kommen ließ, welche dem Interesse des Verbandes widersprechen. Zum 2. Punkt erstatteten die Delegierten Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages zu Leipzig, welcher von der Versammlung mit voller Befriedigung entgegengenommen wurde. Besonders wurde anerkannt, daß sämtliche dort gefaßten Beschlüsse von eminent wichtiger Bedeutung für die Weiterentwickelung unseres Verbandes seien. Eine Resolution, in welcher sich die Versammlung mit den auf dem Verbandstage gefaßten Beschlüssen vollständig einverstanden erklärt und deren strikte Hochhaltung und Durchführung fordert, fand einstimmige Annahme.

Plauenscher Grund. In der Sonnabend, den 1. September, im Augustabad zu Deuben und in der am 4. September im Deutschen Haus zu Potschappel tagenden Versammlung erstattete Kollege Wolf Bericht vom Verbandstag, die wichtigsten Beschlüsse erläuternd, die zum Nutzen der Mitglieder und des Verbandes gefaßt worden seien. Nach einer längeren Debatte im Sinne des Berichterstatters wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute hier versammelten Mitglieder erklären hierdurch, daß sie mit den Arbeiten und den Beschlüssen des Verbandstages voll einverstanden sind. Die Mitglieder erkennen ferner an, daß der Verbandstag in jeder Hinsicht die Interessen des Verbandes nach innen und außen vertreten hat.“ Im Gewerkschaftlichen erregte in der Versammlung in Deuben die Anregung eine lebhafte Debatte, daß doch im Plauenschen Grund vom Genossen Dr. Duncker ebenfalls wissenschaftliche Bildungskurse abgehalten werden könnten. Es hätten sich schon viele Mitglieder gemeldet, die sich daran beteiligen wollten. Der Vorsitzende des Kartells, Genosse Fischer, erwiderte, es scheitere diese Frage immer deshalb, weil Genosse Duncker schon zu angestrengt arbeiten müsse. Es könnte aber möglich sein, daß die Sache nach Neujahr ermöglicht würde. — Die Mitglieder werden betreffs des Verbandtages auf die Protokolle verwiesen, die bald erscheinen.

Röthenbach. Die Zustände auf der galvanischen Kohlenstiftfabrik von Conradi sprechen aller Menschlichkeit Hohn. Die 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen sind vollständig abhängig von ihrem Arbeitgeber. Für einen Stundenlohn von 10 Pf. an dürfen sie in seinem Betrieb arbeiten. Wie viele seiner sorgenlichen Kollegen hat auch König Conradi eigene Wohnhäuser erbaut, in denen seine Arbeiter verpflichtet sind, zu wohnen. Sie müssen die Miete im voraus zahlen, haben aber kein Anrecht auf die Wohnung. Es liegt in der Hand des Fabrikanten, sie jederzeit auf die Straße zu setzen. Wagt es einer, von seinem gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht Gebrauch zu machen, so wird er unbarmherzig aus Arbeit und Wohnung hinausgejagt. Damit seinem Unternehmen der Segen des Himmels nicht fehle, hat Herr Conradi seinen Arbeitern neben den Wohnhäusern auch eine Kirche errichtet.

Stadtoldendorf. Am 2. August fiel der Arbeiter H. Alswede von dem etwa 20 Meter hohen Berge so unglücklich herunter, daß er sich schwere Verletzungen am Kopfe zugezogen hat. Es ist dies der vierte Unfall, der sich innerhalb knapp Jahresfrist im Gipsberge zugetragen hat. Ein Unfall ereignete sich beim Schießen, ein anderer durch Ueberfahren, ein dritter entstand durch Verletzung mit einem Stein. Den Unfällen liegen mancherlei Ursachen zugrunde. Vor allem die vielseitige Beschäftigung der Aufseher und die daraus entstehende ungenügende Aufsicht. Ein Aufseher hat die Gipsdielen- und -Plattenfabrikation, Gipsbrennerei und den Bruch der Steine zu übersehen. Es kommen da 50 bis 60 Arbeiter in Frage. Da kann die Aufsicht wohl nur eine geringe Zeit auf die Verhütung von Unfällen verwenden. Dann ist der Abbau der Berge wohl auch nicht einwandsfrei. Wie dem aber auch sei, die Arbeiter haben ein Recht, in besserer Weise gegen Gefährdung von Gesundheit und Leben geschützt zu sein. Der Forderung nach Verwirklichung dieses Rechtes geben wir hiermit Ausdruck.

Stettin. In einer am 28. August in Stettin tagenden gutbesuchten Mitgliederversammlung sprach Kollege Brey-Hannover über die Entwickelung des Verbandes. Redner gab in seinen Ausführungen ein Bild von der Entwickelung der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und der unseres Verbandes im besonderen, dabei auch die Leistungen und Opfer unseres Verbandes berührend. Die Notwendigkeit der Erhebung der Extrasteuer wurde in eingehender Weise von ihm behandelt. Er betonte, daß Nichtbezahlung der Extrasteuer mit Disziplinbruch gleichzustellen sei, und daß alle Kollegen, die sich jetzt noch weigern, den Extrabeitrag zu zahlen oder andere Kollegen auffordern, ihn nicht zu zahlen, die Gefahr ihres Ausschlusses heraufbeschwören würden. In der Debatte galt es, einige Unstimmigkeiten zwischen Verwaltung und einigen Kollegen zu regeln. Dank der Sachlichkeit der Aussprache herrschte auf allen Seiten eine durchaus versöhnliche Stimmung vor und gelang es, die Differenzen zu aller Zufriedenheit zu regeln und steht nun zu erwarten, daß die Einigkeit in der Zahlstelle Stettin eine dauernde ist. Es wurde dann beschlossen, einen zweiten Beamten anzustellen und eine Kommission zur Anstellung eingesetzt. In seinem Schlußwort betonte Kollege Becker, daß die Kollegen bei allen Differenzen mit den Unternehmern der Leitung erst Mitteilung zu machen haben, ohne deren Zustimmung eine Einstellung der Arbeit nicht erfolgen darf.

Wandsbek. In der am 1. September abgehaltenen Mitgliederversammlung erstattete Kollege Bruhns den Bericht vom Verbandstag. Er unterzog alle behandelten Punkte der Tagesordnung einer Besprechung. In der Diskussion wurde am eingehendsten die Verschmelzung der Zahlstellen besprochen. Es wurde unter anderem angeführt, die Zahlstelle Wandsbek bestehe nun schon 16 Jahre als eigene Zahlstelle und sei schon des öfteren als Muster bezeichnet worden, also könne sie noch länger selbständig bleiben. Auch wurde hervorgehoben, daß bei einem Anschluß an Hamburg das Interesse der Mitglieder schwinden würde. Nach der Diskussion wurde der Vorstand beauftragt, gegen den Verbandstagsbeschluß Protest einzulegen. Es wurde dann noch beschlossen, in diesem Jahre wiederum ein Stiftungsfest abzuhalten.

Weißenfels (Saale). Am 19. September wurden in der Dietrichschen Papierfabrik durch Explosion eines Dampfrohres von fünf Arbeitern, die sich in der Mittagszeit an dem Rohre wärmten, zwei getötet, drei schwer verletzt.

Wriezen. Am 2. September tagte hier eine öffentliche Versammlung, die des Sedanfestes wegen leider nicht gut besucht war. Der Kollege Weise aus Berlin referierte über das Thema: „Der Kampf ums Dasein“. Der Redner wies darauf hin, daß in den letzten Jahren das Unternehmertum unausgesetzt an dem Ausbau seiner Organisation tätig gewesen sei. Die Unternehmerorganisationen seien wie Pilze aus der Erde geschossen, mit der Zunahme der Organisationen der Unternehmer haben auch die Aussperrungen der Arbeiter zugenommen und ist die Erbitterung gewachsen, unter der die Kämpfe zum Austrag kommen. Redner kam dann auf die Vorgänge zu sprechen, die in letzter Zeit die Arbeiter bewegt haben. So die Erschießung des Arbeiters Fleischmann in Nürnberg, die Strafen, die über streikende Arbeiter verhängt werden, weil sie gegen Arbeitswillige das erforderliche Quantum Hochachtung nicht aufzubringen vermögen, und kommt zu dem Schluß, daß mehr denn je für die Organisation eingetreten werden müsse. In der Diskussion wurden die Verhältnisse einer Erörterung unterzogen, in der die hiesigen Kollegen sich befinden. Auf der Stärke-, Sirup- und Traubenzuckerfabrik wird ein Lohn von 18 Mk. pro Woche bezahlt. Anbei meinte der Herr Besitzer Friderici sich noch wundern zu müssen, als er merkte, die Arbeiter mieden seinen Betrieb. Auf der hiesigen Schneidemühle wird im Sommer ein Lohn von 15—16 Mk., bei einer Arbeitszeit von 11 Stunden bezahlt. Im Winter gibt es bei der gleichen Arbeitszeit einen Lohn von 12—13 Mk. Ob der Besitzer meint, im Winter könne der Arbeiter billiger leben? Das trifft doch nicht zu, denn im Winter ist der teure Aufwand für Feuerung und Licht erforderlich. Genau die gleiche Praxis übt man auf der Zementfabrik. Wenn das bislang von den Unternehmern ausgeführt werden konnte, so deshalb, weil die Arbeiter hier mangelhaft organisiert sind. Erstarkt die Organisation, dann wird auch den Unternehmern das Bewußtsein kommen, daß die Arbeiter anders bezahlt und anders behandelt werden müssen. Um das zu erreichen, darum hinein in die Organisation! Hinein in unsern Verband!

Verbandsnachrichten.

Vom 11. September ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Bremen 600,—. Werder 250,—. Wilhelmsburg 800,—. Mundenheim 10,—. Göttingen 6,50. Mutterstadt 300,—. Passau 3,—. Woldegk 125,—. Holenberg 88,62. Cöslin 400,—. Barth 200,—. Neusalz 33,12. Nienburg a. W. 8,70. Osterwieck 100,—. Bernburg 300,—. Stadtoldendorf 300,—. Bad Dürkheim 150,—. Straubing 50,—. Fleck 6,88. Fürstenberg 5,—. Alfeld 200,—. Chemnitz 50,—. Wittenberg 200,—. München 2200,—. Aschersleben 250,—. Podejuch 200,—. Hahn 100,—. Glückstadt 400,—. Leipzig 1600,—. Hanau 100,—. Dresden 800,—. Kiel 515,—. Markranstädt 11,—. Penig 122,—. St. Johann 16,—. Tegel 500,—. Thale 300,—. Moschendorf 100,—. Waltershausen 100,—. Hersfeld 7,92. Fiddichow 17,30. Höchst a. M. 300,—. Leipzig 2,55. Charlottenburg 800,—. Plauenscher Grund 800,—. Dömitz 150,—. Chemnitz 10,—. Braunschweig 1200,—. Mundenheim 200,—. Hannover 1700,—. Halle a. S. 800,—. Singen 17,30. Verband der Ziegelarbeiter 2,60. Einzelmitglieder 107,40. Kelheim 142,22. Hannover 1000,—. Bergedorf 1200,—. Gießen 221,—. Langenfelde 150,— Eberswalde 100,—. Nienburg a. S. 3,50.

Schluß: Montag, 24. September, mittags 12 Uhr.

Zur Erhebung eines Extrabeitrages haben Zustimmung erhalten:

Augsburg. 10 Pf. pro Mitglied und Woche.

Delmenhorst. 5 Pf. pro Woche und Mitglied ab 1. November.

Leipzig. 10 Pf. Lokal-Beitrag für männliche Mitglieder und 5 Pf. für weibliche Mitglieder pro Woche.

Die Zahlstelle **Mainz** und angeschlossenen Zahlstellen erheben vom 1. Oktober ab einen Extrabeitrag von 5 Pf. pro Woche und Mitglied.

In **Schweinfurt** wird pro Woche und Mitglied ein Extrabeitrag von 5 Pf. erhoben.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Nr. 97 303, ausgestellt auf den Namen Jos. Kern am 9. September 1905 in Höchst.

Nr. 40 156, ausgestellt auf den Namen Otto Le Maire am 5. September 1903 in Kaiserslautern, ist am 12. September in Mannheim-Lindenhof verloren gegangen. Beigelegen hat ein Zeugnis und Invalidenkarte. Das Buch ist anzuhalten und einzuliefern nach Kaiserslautern.

Nr. 139 727, ausgestellt auf den Namen Max Widdera in Ludwigshafen.

Nr. 19 772, ausgestellt auf den Namen Chr. Hägerl in Mundenheim.

Nr. 128 789, ausgestellt am 1. Februar 1906 in Oggersheim.

Nr. 115 628, ausgestellt auf den Namen Johann Lehmann am 28. November 1905 in Güstrow.

Nr. 26 067, ausgestellt für Karl Bachstelz am 15. August 1904 in Spandau.

Nr. 94 342, ausgestellt für Karl Meyer am 19. August 1905 in Magdeburg.

Nr. 161 756, ausgestellt auf den Namen Heinrich Stüber in Wedel.

Neue Adressen und Adressen-Aenderungen.

Gau 2, Dresden. Vorsitzender Gustav Neuring wohnt ab 1. Oktober Lößnitzstraße 19.

Anklam. Joh. Lüsch, Wollenweberstraße 34.

Elsterwerda. Franz Faustin, Biehla b. Elsterwerda.

Essen. Jos. Büchner, Stoppenberg, Feldstraße 57.

Flensburg. Peter Christians, Norderstr. 70.

Freienwalde. 1. Bev. Karl Michelke, Freienwalde a. O., Alt-Kietz 37. Daselbst Erwerbslosen-Unterstützung.

Gransee. Karl Krause, Kreuzstraße 28.

Heilbronn. Vom 1. Oktober ab Heinrich Wollbold, Happelstraße 51, 1. Et. Reisegeschenk im „Gasthaus zur Rose“.

Höchst a. M. R. Schimmrich, Unterliederbach, Königsteinerstraße 88a, 1. Et.

Köln. (Gau 9.) Waldemar Funk, Bonnerstraße 54, 3. Et.

Königsberg. Vom 1. Oktober ab: B. Jnatowitz, Sackheimer Gartenstraße 13.

Ludwigshafen. (Gau 7.) Gauvorsitzender Seb. Prüll, Elisabethstraße 45.

Nürtingen. Heinr. Kirchner, Strohstraße 1.

Osterholz-Scharmbeck. Heinr. Stillines, Scharmbeck, Neuestr. 117.

Sonderburg. F. Milek, Neustadt, Uhlandstraße.

Stettin. Gaukassierer Karl Wendlandt, Bredow b. Stettin, Wolfstraße.

Weimar. Gustav Reinert, Meyerstraße 44.

Wernigerode. Michael Schnell, Hinterstraße 27.

Wolfen. (Gau 1.) Moritz Braunstein.

Die Zahlstelle Kassel

sucht einen

Geschäftsführer.

Bewerber müssen dem Verbande angehören, sowie fähig zur Agitation sein. Sie haben die Schilderung ihres Lebenslaufes und ihrer bisherigen Tätigkeit [illegible] anzugeben. Eine selbständige schriftliche Arbeit über folgende Fragen ist mit einzusenden:

1. Wie ist die Agitation am erfolgreichsten zu betreiben?
2. Wie hat sich der Verkehr bei beschäftigten und ausgesperrten Arbeitsnachweisen und Arbeitsämtern zu verhalten?
3. Wie nimmt man die Kontrolle einer Zahlstelle vor?

Die Anstellungsverhältnisse richten sich nach den Verbandsbeschlüssen. Die Bewerber müssen die Gesuche bis 20. Oktober an Kollegen **Peter Graf, Kassel,** Wilhelmshöhe 29, pt., einsenden.

255 ₰ **Die Kommission.**

Die Zahlstelle von Mainz und Umgegend

sucht einen

Geschäftsführer.

Derselbe muß in der sozialpolitischen Gesetzgebung bewandert sein und mit agitatorischen Tätigkeiten vertraut.

Bewerbungen mit Lebenslauf sind bis Umgehend 14. Oktober mit der Aufschrift „Bewerbung“ an den Kollegen **Joh. Brück, Weisenau,** Geb. Luft 3, zu senden. [1,50 ₰

Zahlstelle Hamburg.

Vom 2. Oktober ab [illegible] des Herrn **Beisenkamerhof,** im **Gewerkschaftshaus,** 2. Et., Zimmer 13 u. 15. Geschäftsstunden: Montags nur 8—1 Uhr, [illegible] 4—7 Uhr. Kontrolle zur Arbeitslosenunterstützung und Auszahlung von Unterstützungen nur von 10—1 Uhr.

1,05 ₰ **Die Bevollmächtigten.**

Zahlstelle Rennünster.

Sonntag, den 7. Oktober, nachmittags 4 Uhr:

Versammlung

bei **Burg,** Plönerstr. 7.

Tagesordnung:

1. Aufnahme.
2. Kartellvertrag mit dem Bauarbeiterverband. Referent: **F. Borgert,** Hamburg.
3. Kassenbericht.
4. Fragekasten und Verschiedenes.

Diejenigen Kollegen, die am Bau beschäftigt sind, sind besonders eingeladen. [1,35 ₰ **Die Bevollmächtigten.**

Achtung, Einzelmitglieder von Leipzig und Umgegend!

Kollegen und Kolleginnen! Laut Urabstimmung ist mit großer Majorität beschlossen: Ab 1. Oktober 1906 beträgt der **Lokalbeitrag pro Woche** für männliche Mitglieder **10 ₰** und für weibliche Mitglieder **5 ₰.** Wir ersuchen Sie freundlichst, hiervon Notiz zunehmen.

Mit kollegialem Gruß **Die Verwaltung.**

1,20 ₰

Zahlstelle Kiel.

Sonnabend, den 6. Oktober 1906, abends 8 Uhr, im **„Kolosseum“:**

Neuntes Stiftungs-Fest

verbunden mit

theatralischen Aufführungen, humoristischen Vorträgen, Verlosung und mit nachfolgendem **Ball.**

Herrenkarte 50 ₰, jede weitere Dame 20 ₰. Garderobe 10 ₰.

Organisierte, durch Kollegen eingeführte Freunde haben Zutritt.

Rege Beteiligung erbittet [1,30 ₰ **Das Festkomitee.**

Zahlstelle Ermsleben.

Die **Versammlungen** tagen bei Herrn **Wagner.** Es wird um zahlreichen Besuch gebeten.

75 ₰ **Der erste Bevollmächtigte.**

Zahlstelle Gransee.

Unsere nächste **Mitglieder-Versammlung** tagt am **7. Oktober** bei Witwe **Franke.** Ersuchen die Kollegen, zahlreich zu erscheinen. [60 ₰.

Zahlstelle Schöneberg.

Vom 1. Oktober ab tagen unsere **Versammlungen am zweiten Sonntag eines jeden Monats,** nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal

75 ₰ **Die Bevollmächtigten.**

Achtung, Vertrauensleute u. Unterstützungs-Auszahler.

Das Mitglied **Karl Otto,** Buch-Nr. 138 902, geb. am 30. September 1880, ist, ohne sich hier abzumelden, abgereist und hat noch 3,60 ₰ für Marken zu entrichten, welche er geholt hat, ohne selbige zu bezahlen. Wir ersuchen, den Kollegen anzuhalten, das Geld einzuziehen und uns davon in Kenntnis zu setzen.

Einzelmitglieder Weisleben (Kreis Wanzleben).

1,35 ₰ J. A.: **Hermann Rudloff,** Kirschallee 53.

Der Städtische Arbeitsnachweis, Hannover,

Am Hinmelreich 1, Fernruf 682, vermittelt wochentags von 9—1 und 3—5 Uhr dessen **kostenlos** zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern **aller** Berufe **beiderlei** Geschlechts (einschl. Heimarbeiterinnen, Dienstmädchen, Aufwarte-, Wasch- und Reinmachefrauen) für die Städte Hannover und Linden, sowie nach auswärts. Die Vermittlung für weibliche Personen erfolgt in besonderen Räumen durch einen **weiblichen** Vermittlungsbeamten. [1,35 ₰